

<https://just-now.news/de/deutschland/verdachtsfaelle-schwerer-impfkomplikationen-bei-kindern-behoerden-verweigern-herausgabe-der-daten/> 28.9.2022

Verdachtsfälle schwerer Impfkomplikationen bei Kindern: Behörden verweigern Herausgabe der Daten

Schwere Schäden bei Kindern nach Corona-Impfungen gibt es. Bis Jahresende berichtete das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) von rund 700 Meldefällen bei 12- bis 17-Jährigen, darunter acht tödliche. Seitdem herrscht Schweigen. In seinen letzten beiden Berichten, herausgegeben im Mai und September, [fehlen](#) diese Angaben komplett. Mehr noch: Nun verweigert das PEI auch der Presse die Auskunft mit fadenscheinigen Begründungen. Das widerspricht dem Grundgesetz und Presserecht und deutet auf eine bewusste Täuschung der Bevölkerung über Risiken der neuartigen Präparate hin.

Schwere Schäden, aber keine Zahlen

Die Autorin forderte Anfang September vom PEI die genauen Zahlen zu gemeldeten schwerwiegenden und tödlichen Verdachtsfällen in den Altersgruppen 12 bis 17 Jahre, 5 bis 11 Jahre und jünger als 5 Jahre an. Im aktuellen Sicherheitsbericht mit Meldefällen bis zum 30. Juni 2022 berichtet das Institut von insgesamt rund 6.100 Meldefällen von mutmaßlichen Nebenwirkungen aller Art bei bei Minderjährigen. Darunter sind auch 70 Säuglinge, deren Mütter in der Stillzeit geimpft wurden.

.....

Im neuen Bericht stellt das PEI neben den Gesamtmeldefällen lediglich eine Auswahl von Diagnosen nach einer Spritze mit dem Präparat der Konzerne Pfizer und BioNTech dar. Das Diagramm unter dem Titel "Unerwünschte Reaktionen von besonderem Interesse nach Comirnaty bei Kindern und Jugendlichen" bietet aber keinen Gesamtüberblick, auch genaue Zahlen sind ihm nicht zu entnehmen. ....

[https://report24.news/uebersterblichkeit-in-europa-nimmt-weiter-zu-island-bereits-auf-plus-55-prozent/?feed\\_id=22411](https://report24.news/uebersterblichkeit-in-europa-nimmt-weiter-zu-island-bereits-auf-plus-55-prozent/?feed_id=22411) 28.9.2022

Übersterblichkeit in Europa nimmt weiter zu, Island bereits auf plus 55 Prozent!

Für den Mainstream ist es weiterhin rätselhaft: Warum sterben in Europa so viele Menschen mehr, als es statistisch zu erwarten war? Und wie lange glaubt die Bevölkerung Erklärungsversuchen wie Klimawandel und "plötzlicher Erwachsenentod"? \*\* Im Juli war Island trauriger Listenerster mit einer Übersterblichkeit von plus 55,8 Prozent, gefolgt von Spanien mit 37 Prozent. Inzwischen laufen in vielen Ländern die Impfkampagnen weiter ...

Eine kurze Auswahl unserer umfangreichen Berichterstattung zum Thema zeigt, wie brisant das Problem ist.

[Sterblichkeit von 35- bis 44-Jährigen hat sich 2021 verdoppelt!](#)

[Auch in Israel und den USA: Das große Sterben hat begonnen](#)

[Erschütternde Zahlen in Deutschland: Hohe Übersterblichkeit, Geburtenrückgang](#)

Neue Zahlen zeigen – wir sind noch lange nicht am Ende der Problematik angekommen, die Übersterblichkeitszahlen steigen weiter. Aktuell kursiert eine Zusammenstellung in sozialen Medien, welche die Übersterblichkeit der Länder Europas im Juli 2022 thematisiert – im Vergleich mit dem Jahresdurchschnitt von 2016-2019.

\*\*BK: Und wie lange glaubt und vertritt report24 noch die Virus-Lüge??

Island, +55.8 % (79,2 % Impfquote)

Spanien +37 % (85,8 % Impfquote)

Zypern +33 % (55,3 % Impfquote)

Griechenland +31 %

Portugal, +28.8 %

Schweiz, +25.9 %

Italien, +24.9 %

Österreich, +17.5 %

Slovenien, +16.5 %

Irland, +16.3 %

Deutschland, +15.2 %

Norwegen + 14.8 %

Niederlande, +14.7 %

Kroatien, +14.6 %

Frankreich, +14.1 %

Estland + 12.3 %

Luxembourg + 11,%

Dänemark +10.3 %

Das Zahlenmaterial dazu stammt hochhoffiziell von Eurostat:

[https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-](https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20220916-1)

[20220916-1](https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/ddn-20220916-1). Manche Länder weisen eine viel geringere Übersterblichkeit aus:

Ungarn +4,5 % (63,6 % Impfquote)

Schweden + 2,7 % (74 % Impfquote)

Bulgarien +1,4 % (29,9 % Impfquote)

.....

<https://jungfreiheit.de/politik/ausland/2022/von-der-leyen-ruege/>

28.9.2022

Von der Leyen verweigert Auskunft zu Impfvertrag

BRÜSSEL. [EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen \(CDU\)](#) hat einen handfesten Streit mit dem EU-Parlament am Hals. Hintergrund ist ihre Weigerung, nähere Angaben zum Vertrag mit dem Impfstoffhersteller Biontech-Pfizer zu machen. Rechnungsprüfer des Parlamentes monieren dubiosen Hintergründe zum Vertrag über 35 Milliarden Euro für bis zu 1,8 Milliarden Impfdosen bis 2023.

So soll von der Leyen bereits vor den offiziellen Verhandlungen wesentliche Eckpunkte des Vertrages in persönlichen Gesprächen mit dem Pfizer-Chef Albert Bourla vereinbart haben. Was genau besprochen wurde, ist nicht bekannt, da die Kommissionspräsidentin jede Auskunft dazu verweigert. Das EU-Parlament erwägt nun eine Rüge gegen von der Leyen, wie die Berliner Morgenpost berichtet.

Kritiker sehen die informellen Gespräche als „Vorverhandlungen“. Überhaupt ist vieles an dem [Vertrag zwischen der EU und Biontech-Pfizer unklar](#), da dieser öffentlich nicht zugänglich ist. Vor allem die hier beschlossenen Rechte und Pflichten der Vertragspartner im Haftungsfall sind unbekannt. Klar ist nur, daß die EU im Mai 2021 rund 900 Millionen Impfdosen für 2022 und 2023 bestellte sowie sich die Option für weitere 900 Millionen sicherte. (JF)

<https://www.redvoicemedia.com/video/2022/09/who-plans-to-vaccinate-everyone-with-500-new-vaccines-by-2030-dr-rima-laibow-with-maria-zeee/> 27.9.2022 (Video)

WHO Plans to Vaccinate Everyone with 500 New Vaccines by 2030 – Dr. Rima Laibow With Maria Zeee

Die WHO plant, bis 2030 alle Menschen mit 500 neuen Impfstoffen zu impfen - Dr. Rima Laibow bei Maria Zeee

„Dr. Rima Laibow spricht mit uns über den Pandemievertrag der WHO und ihre jahrelangen Recherchen über diese korrupte, völkermordende

Organisation. Dr. Rima Laibow sagt, dass jedes Land den Austritt aus der WHO fordern muss, bevor sie ihren Plan der Entvölkerung durch Zwangsimpfung mittels medizinischer Diktatur mit 500 neuen Impfstoffen bis 2030 verwirklicht.“ .....

<https://tkp.at/2022/09/27/mrna-nanopartikel-in-muttermilch-begutachtete-studie-stellt-impf-aufforderung-an-schwangere-und-stillende-in-frage/> 27.9.2022

mRNA-Nanopartikel in Muttermilch: Begutachtete Studie stellt Impf-Aufforderung an Schwangere und Stillende in Frage

Ein Research Letter im Journal of the American Medical Association weist aus, dass „Stillende bis auf Weiteres in den ersten 48 Stunden nach einer Corona-Injektion Vorsicht walten sollten“.

Lange schon hatte man gemunkelt, dass die gegenwärtig verfügbaren Covid-Injektionen ein erhebliches Sicherheitsrisiko für Frauen im gebärfähigen Alter darstellen. Doch – wohin man seinen Blick auch wendet, überall finden sich (Zwangs-) Aufforderungen an just diese Bevölkerungsgruppe, sich so schnell wie möglich so oft wie möglich „impfen“ zu lassen. ....

Hanna et al. haben eine kleine Kohortenstudie mit 11 gesunden stillenden Frauen durchgeführt, von denen 5 Personen mRNA-1273 (Spikevax von Moderna) und 6 Personen BNT162b2 (Comirnaty von BioNTech/Pfizer) innert eines halben Jahres nach der Entbindung erhalten haben. Die Studien-Teilnehmerinnen haben sowohl vor als auch (zwischen ein und fünf Stunden) nach den Injektionen Muttermilchproben zu Analysezwecken abgegeben. Insgesamt standen den Forschern 131 derartige Proben zur Verfügung, die umfassend analysiert wurden

Zwar gibt es den Hinweis in der US-Zulassung der mRNA-Präparate, dass diese nicht für Kleinkinder jünger als sechs Monate verfügbar seien, aber dies bedeutet lediglich, dass hierzu keine Daten oder Studien vorliegen, wie Hanna et al. betonen.

Von den Proben der 11 stillenden Frauen wurden in sieben Proben von fünf unterschiedlichen Probandinnen mRNA-Nanopartikel gefunden – und zwar bis zu 45 Stunden nach Erhalt eines Covid-Wirkstoffs. ....

<https://tkp.at/2022/09/28/gerichte-in-new-york-erkennen-berufliche-impfpflichten-als-ungueltig/> 28.9.2022

Gerichte in New York erkennen berufliche Impfpflichten als ungültig

Das von den US-Demokraten regierte New York hatte für eine Reihe von kommunalen Berufsgruppen Impfpflichten verfügt. Mitarbeiter, die sich dieser sowohl sinnlosen als auch gesundheitsschädlichen Regelung nicht beugten, wurden entlassen. Diese Entlassungen werden nun zusehends von Gerichten als rechtswidrig aufgehoben.

In einem wichtigen Sieg für die Mitglieder der größten Polizeigewerkschaft der NYPD entschied ein Richter am Freitag, dass Polizisten, die entlassen wurden, weil sie sich nicht gegen das Coronavirus impfen ließen, wieder eingestellt werden müssen, wie die [New York Post berichtet](#).

.....

Es wäre eine „grobe Übertreibung“ der städtischen Behörde für geistige Gesundheit und Hygiene (DOH) zu behaupten, sie könne das Impfmandat durch Kündigung, unbezahlten Urlaub oder Suspendierung durchsetzen, so Frank.

Das Urteil enthält aber offenbar keine negative Bewertung der Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit der Impfung, sondern es geht um arbeitsrechtliche Seite. ....

<https://www.businessinsider.de/politik/es-herrscht-alarmstufe-rot-vivantes-chef-fuerchtet-wegen-energiekrise-unkontrolliertes-krankenhaussterben-in-ganz-deutschland/> 29.9.2022

„Es herrscht Alarmstufe Rot“: Vivantes-Chef fürchtet wegen Energiekrise „unkontrolliertes Krankenhaussterben in ganz Deutschland“

Die steigenden Energiekosten treffen alle – auch die Krankenhäuser, nur dass sie im Betrieb kaum Strom sparen können. Patientenzimmer müssen beheizt werden, Lüftungsanlagen aus Hygienegründen weiterlaufen.

Neben Heiz- und Stromkosten trifft die Betreiber auch die allgemeine Inflation. Sie rechnen mit Mehrkosten von 30%.

Johannes Danckert ist Vorsitzender der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH. Bei Business Insider kommentiert er die verheerende Lage der Kliniken. (Bezahlschranke)

<https://www.ardmediathek.de/video/rbb24-brandenburg-aktuell/droht-ein-krankenhaussterben/rbb-fernsehen/Y3JpZDovL3JiYi1vbmxpbmUuZGUvYnJhbmRlbnJ1cmdha3R1ZWxsLzIwMjItMDktMjJUMTk6MzA6MDBfMjgxY2E2NGEtZmZhZi00NTk5LThjOGItNzQ4NjcwZWNmODEwL2Ryb2h0LWVpbi1rcmFua2VuaGF1c3N0ZXJiZW4tYnJhbmRlbnJ1cmctcGVyc29uYWwtZmluYW56ZW4> 22.9.2022

Droht ein Krankenhaussterben? (Video)

Die Krankenhäuser senden vermehrt Notrufe. Dies ist wenig überraschend, denn die Pandemie hat Kliniken stark gebeutelt. Das betrifft sowohl das Personal als auch die Finanzen. Jetzt kommen Inflation und Energiekrise noch dazu. Für viele Beschäftigte stehen die Zeichen inzwischen auf Sturm.

<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/kliniken-in-hessen-die-energiekrise-wird-das-krankenhaussterben-beschleunigen,hessischer-krankenhaustag-100.html> 15.9.2022

Kliniken in Hessen: "Die Energiekrise wird das Krankenhaussterben beschleunigen"

500 Millionen Euro mehr könnten die hessischen Kliniken im kommenden Jahr allein für Energie zahlen müssen. Die Hessische Krankenhausgesellschaft fordert von Land und Bund dringend mehr Geld - andernfalls könnten viele Häuser insolvent gehen.

Röntgengerät und MRT abschalten, Patientenzimmer und Operationssäle nicht mehr beheizen: Um Energiekosten in den Krankenhäusern zu sparen, sind das keine Optionen. Die Krankenhäuser gelten als Energiefresser - und werden es wohl auch bleiben. Das Einsparpotenzial liege nur im einstelligen Bereich, sagt Steffen Gramminger von der Hessischen Krankenhausgesellschaft.

Beim Hessischen Krankenhaustag in Offenbach berieten Vertreter von Krankenhäusern und Politik am Donnerstag unter anderem über die Energieversorgung. 154 Millionen Euro zahlten die hessischen Kliniken im Jahr 2020 nach Angaben des Statistischen Landesamts für Energie, Brennstoffe und Wasser. 500 Millionen Euro Mehrkosten pro Jahr kämen auf die Kliniken zu, wenn das Land nicht kurzfristig Energie- und Inflationszuschläge zahle, schätzt Gramminger. "Die Energiekrise wird das Krankenhaussterben beschleunigen." .....

Aus kw38

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/corona-impfschaeden-astrazeneca-klagen-102.html> 20.9.2022

Corona-Impfschäden Erste Prozesse gegen Pharmakonzerne laufen an

Ein 37-Jähriger fordert von Astrazeneca Schadenersatz in Höhe von 30.000 Euro wegen erlittener Impfschäden. Der Prozess dazu hat begonnen. Ärzte sehen den Impfschaden als erwiesen an.

Verfahren gegen Astrazeneca am weitesten fortgeschritten

Deutschlandweit sind erste Klagen gegen Pharmakonzerne wegen Impfschäden eingereicht worden. Dem MDR liegen Unterlagen verschiedener Gerichtsprozesse vor. Aktuell ist ein Verfahren gegen den Hersteller Astrazeneca am Landgericht Köln angelaufen und ist damit am

weitesten fortgeschritten. Kläger ist der 37-jährige Sebastian Schönert. Er hatte sich im Mai vergangenen Jahres mit Astrazeneca impfen lassen und danach eine seltene, aber extrem gefährliche Sinusvenenthrombose bekommen. Dass er überhaupt überlebt habe, sei nur dem schnellen Handeln seiner Ärzte zu verdanken, so der junge Mann heute.

Hirnvenenthrombose: eine sehr seltene Impf-Nebenwirkung

.....Auch das für die Sicherheit der Impfstoffe zuständige Paul-Ehrlich-Institut beschreibt diese Erkrankung "als schwerwiegende, in einigen wenigen Fällen auch tödliche Nebenwirkung" der beiden Vektorimpfstoffe von Astrazeneca und Johnson & Johnson. ....

Hersteller Astrazeneca lehnt Schadenersatz ab

Trotz der ärztlichen Gutachten lehnt der Hersteller einen außergerichtlichen Vergleich ab. In einem Schreiben, das dem MDR vorliegt, betont der Konzern das "positive Risiko-Nutzen-Verhältnis" seines Impfstoffes Vaxzevria. Das "sehr geringe" Risiko, eine Sinusvenenthrombose mit einer Thrombozytopenie zu erleiden, sei schon zum Zeitpunkt der Impfung bekannt und Teil der Produktinformation gewesen. Deshalb sei man auch dann nicht zu Schadensersatz verpflichtet, wenn sich ein "solches sehr seltenes Risiko" im Einzelfall "bedauerlicherweise verwirkliche".

Anwalt: Verfahren ziehe sich unnötig in die Länge

Sebastian Schönert war mit der Ablehnung einer außergerichtlichen Zahlung gezwungen, den Hersteller zu verklagen. Da er keine Rechtsschutzversicherung habe, musste er mit seinen Ersparnissen, etwa 8.000 Euro, in Vorleistung gehen. Das Risiko im Kampf gegen einen mächtigen Pharmakonzern mit umfangreichen Finanzmitteln, läge damit komplett bei ihm, so der junge Mann. Verliere er den Prozess, müsse er sämtliche Gerichts- und Anwaltskosten übernehmen. Die Klage wurde schon im März durch den Wiesbadener Anwalt Joachim Cäsar-Preller

eingereicht. Doch das Verfahren ziehe sich unnötig hin, monatelang hätte man auf die Klageerwiderung der Gegenseite warten müssen.

Richter beauftragen Gutachten

Die Richter am Landgericht haben nun in einem Beweisbeschluss, der dem MDR vorliegt, einen Gutachter beauftragt. Der soll einerseits die Wahrscheinlichkeit bewerten, dass die Impfung mit dem Astrazeneca-Impfstoff Ursache für die Erkrankung des Klägers war. Andererseits soll geprüft werden, ob in den Fachinformationen des Herstellers "insbesondere – aus damaliger medizinischer Sicht – zutreffend auf eine mögliche Thrombose oder eine Thrombozytopenie eingegangen wurde".

Für den Kläger Sebastian Schönert sei das ein erster Teilerfolg. Doch der Weg bis zu einem möglichen Schadensersatzanspruch ist noch lang. Um das Kostenrisiko so gering wie möglich zu halten, habe er seinen Anspruch, der sich vor allem aus der Dauer des Krankenhausaufenthaltes berechnet, auf gerade mal 30.000 Euro angesetzt: "Es geht hier nicht um Millionen, aber für mich ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass der Hersteller, der mit den Impfstoffen Milliarden Gewinne macht, letztlich auch für die Schäden, die beim Impfen entstehen können, verantwortlich ist und auch für diese haften muss." .....

[https://www.rheinpfalz.de/lokal/pfalz-ticker\\_artikel,-bund-muss-millionen-impfstoff-dosen-wegen-verfallsdatums-vernichten-\\_arid,5408059.html](https://www.rheinpfalz.de/lokal/pfalz-ticker_artikel,-bund-muss-millionen-impfstoff-dosen-wegen-verfallsdatums-vernichten-_arid,5408059.html) 21.9.2022

Bund muss Millionen Impfstoff-Dosen wegen Verfallsdatums vernichten

Die Bundesregierung muss mehr als vier Millionen Corona-Impfstoffdosen vernichten, weil sie dafür keine Abnehmerinnen und Abnehmer findet. Zum 13. September hätten rund 4,6 Millionen Dosen der Hersteller Novavax und Moderna im zentralen Lager des Bundes ihr Verfallsdatum überschritten, sagte ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums am

Mittwoch in Berlin. Die Bundesregierung bemühe sich derzeit aber auf EU-Ebene darum, die Haltbarkeit der Impfstoffe künftig zu verlängern.

Das Ablaufen des Haltbarkeitsdatums heiße „nicht automatisch, dass dieser Impfstoff dann tatsächlich auch verfallen ist“, sagte der Sprecher. Er sei „durchaus noch weiter verwendbar“. Die aktuellen Regeln erforderten es aber, dass die Dosen nach Ablauf vernichtet werden.

Die Möglichkeit, überschüssigen Impfstoff an andere Länder zu spenden, leide unter schwacher Nachfrage, sagte der Sprecher weiter. Die Bundesregierung bemühe sich um eine Weitergabe der Stoffe, sagte er. „Die Wahrheit ist aber schlicht und ergreifend, dass es zur Zeit an Abnehmern mangelt.“

Aktuell werden vergleichsweise wenig Corona-Impfungen verabreicht: Am Dienstag (20.9.2022) etwa waren es nach Angaben des Robert-Koch-Instituts bundesweit 47.000. In den Hochzeiten der Impfkampagne wurden zum Teil Werte von mehr als einer Million Impfungen pro Tag verzeichnet - der Rekord wurde am 15. Dezember 2021 mit 1,6 Millionen Impfungen verzeichnet.

Seit dem Start der Impfkampagne wurden laut Robert-Koch-Institut 209,5 Millionen Dosen in Deutschland ausgeliefert. Davon seien bis Montag dieser Woche 88,4 Prozent verimpft worden.

[https://www.nw.de/lokal/kreis\\_guetersloh/guetersloh/23359028\\_Eltern-im-Kreis-Guetersloh-zahlen-Strafe-statt-Kinder-gegen-Masern-impfen-zu-lassen-v2.html](https://www.nw.de/lokal/kreis_guetersloh/guetersloh/23359028_Eltern-im-Kreis-Guetersloh-zahlen-Strafe-statt-Kinder-gegen-Masern-impfen-zu-lassen-v2.html) 22.9.2022

Eltern im Kreis Gütersloh zahlen Strafe, statt Kinder gegen Masern impfen zu lassen

Die Impfpflicht gilt seit Ende Juli und wird vom Kreis Gütersloh überwacht. Wer sich nicht daran hält, muss teils drastische Strafen zahlen.

Gütersloh. Seit Ende Juli gilt in Deutschland eine uneingeschränkte Impfpflicht bei Masern. Kinder und Beschäftigte in Schulen und Kitas,

aber auch in Flüchtlingsunterkünften, Arztpraxen und Krankenhäusern müssen seither gegen die Infektionskrankheit nachweislich geschützt sein. Aufgrund der Corona-Pandemie war die Frist für die Umsetzung der Impfpflicht zunächst immer wieder verlängert worden. ....

Eltern wollen lieber zahlen als impfen

39 Einrichtungen haben dem Kreis bereits Ungeimpfte gemeldet - zwei Kitas, 22 Grundschulen und 15 weiterführende Schulen. Knapp 500 Personen - hauptsächlich Kinder - hätten bisher keinen Masern-Impfnachweis vorlegen können. "Im Rahmen der Umsetzung des Masernschutzgesetzes übernimmt das Gesundheitsamt neben der Aufforderung zur Vorlage fehlender Immunitätsnachweise und Überprüfung zweifelhafter Immunitätsnachweise insbesondere die Prüfung hinsichtlich der Einleitung diverser Maßnahmen wie zum Beispiel die Einladung zur Durchführung von Beratungsgesprächen oder die Anordnung von Bußgeldern", heißt es in der Vorlage für den Ausschuss.

Vom Unterricht ausgeschlossen wird wegen der fehlenden Impfung niemand. "Die Schulpflicht steht über der Impfpflicht", erläuterte Bunte. Gleichwohl können Bußgelder für die Eltern verhängt werden - bis zu 2.500 Euro.

Der Kreis setzt zunächst auf die Beratung der Erziehungsberechtigten. Doch bei manchen Eltern beißen die Kreismitarbeiter auch auf Granit. "Da wird dann nur gefragt: Was kostet das?", hat Bunte beobachtet, dass lieber eine Strafe gezahlt wird, als den lebensrettenden Pieks setzen zu lassen. "Die Impfung folgt manchmal erst dann, wenn die Kinder von der Schule aus ins Ausland gehen wollen", sagt sie. In zehn EU-Ländern gilt nämlich ebenso eine Masern-Impfpflicht.

<https://www.wochenblick.at/corona/impf-propaganda-bus-vor-linzer-schule-sorgt-fuer-aufregung/> 29.9.2022

Kinder sollen weiter in die Nadel getrieben werden

Impf-Propaganda-Bus vor Linzer Schule sorgt für Aufregung

Die aggressive Impf-Werbung zielt immer mehr auf unsere Kleinsten ab. Auch in Oberösterreich stehen heute wieder Impf-Werbebusse vor Schulen. So auch vor dem Linzer Auhof-Gymnasium heute früh. Ein Vater wendete sich verärgert an den Wochenblick.

„Jetzt impfen gehen“, steht auf einem Bus der vor dem Linzer Auhof-Gymnasium parkt. Er ist Teil einer Kampagne des Landes Oberösterreich. Während die Pandemie in der öffentlichen Wahrnehmung kaum noch eine Rolle spielt, sollen an Österreichs Schulen Kinder weiter munter in die Nadel getrieben werden. Schon im Vorfeld sorgte das ImpftHEMA für Mobbing, Diskriminierung und Zwietracht an Österreichs Schulen. Vor allem in Oberösterreich meldeten besonders viele Eltern ihre Kinder vom Regel-Schulunterricht ab, um ihre Kinder zu schützen. ....

**Riesenhickhack zwischen Füllmich + Fischer – Corona-Ausschuss UND Basispartei zerlegen sich gerade. BEIDE jetzt führungslos.**